

BAUGEWERBLICHE VERBÄNDE

BAUGEWERBE-VERBAND NORDRHEIN
DACHDECKER-VERBAND NORDRHEIN
DEUTSCHER AUSLANDSBAU-VERBAND E.V.
FACHVERBAND AUSBAU UND FASSADE NRW
STRASSEN- UND TIEFBAU-VERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN
ZIMMERER- UND HOLZBAU-VERBAND NORDRHEIN



Graf-Recke-Str.43
40239 Düsseldorf
Tel.: 0211/91429-18
Kontakt: Harald Siebert
h.siebert@bgv-nrw.de

Wohnungsbautag von „Impulse für den Wohnungsbau NRW“

„Der Bund muss weiterhin Verantwortung übernehmen und fördern“

Düsseldorf. Es wird derzeit viel gebaut in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen. Dennoch herrscht in vielen Gebieten Wohnungsmangel. Deswegen bleiben die Politik und vor allem der Bund gefordert, auf diesen Bereich aktiv Einfluss zu nehmen. Nicht zuletzt die Bezuschussung des sozialen Wohnungsbaus muss auch über 2019 hinaus fortgesetzt werden – von einer stärkeren steuerlichen Förderung ganz abgesehen. Das waren die zentralen Forderungen des Wohnungsbautags der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau NRW“. „Die künftige Bundesregierung muss einen deutlichen Schwerpunkt auf die Bau- und Wohnungspolitik legen“, erklärte Lutz Pollmann, Sprecher des Aktionsbündnisses und Hauptgeschäftsführer der Baugewerblichen Verbände. Das Thema Wohnungsbau müsse auch in Berlin endlich zu einem zentralen Politikfeld werden. „Ein ‚Weiter so‘ kann sich unser Land angesichts des Wohnraummangels nicht leisten.“

Der Bund nutze seine Möglichkeiten bei weitem nicht aus, kritisierte Pollmann. Sein Blick richtete sich dabei insbesondere auf den steuerlichen Bereich und dort auf eine verbesserte Abschreibung von Bauinvestitionen. Dort lägen nachweislich effektive Instrumente für mehr private Investitionen.

Gerade hierfür signalisierte die neue Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) die Unterstützung der Landesregierung. Darüber hinaus verwies sie auf den Koalitionsvertrag, wo die Bereitstellung von mehr Bauland vor allem entlang der Verkehrswege, eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und ein Abbau von anderen Hürden, „die im Mietbereich übers Ziel hinausschießen“, die Aussetzung der Reform der Landesbauordnung um ein Jahr sowie eine Bundesratsinitiative für einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer angesprochen werden.

Der Staatssekretär im Bundesbauministerium, Gunther Adler, bat darum, statt eines „Neustarts“ der Baupolitik in NRW, wie ihn Scharrenbach angekündigt hat, die „bisher sehr gute Politik von NRW fortzusetzen“. Als unzureichend sieht er die Initiative in Sachen Grunderwerbsteuer an und fragte, warum das Land nicht einfach den

PRESSEINFORMATION

Steuersatz senke. Adler verwies andererseits darauf, die Politik könne ohnehin nur Rahmenbedingungen schaffen für das Bauen. Als Hindernisse auf dem Weg zu noch mehr und bezahlbaren Wohnungen nannte er den Mangel an Bauland und an Fachkräften in den Bauverwaltungen sowie aktuell Kapazitätsgrenzen bei den Baufirmen. Eine höhere lineare Abschreibung sei „lange überfällig“.

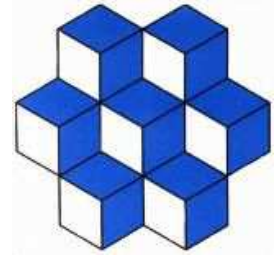
Eine solche finanzielle Förderung befürworteten in der anschließenden Diskussion auch Michael Groß von der SPD-Bundestagsfraktion, sein CDU-Kollege Oliver Wittke, und der FDP-Landtagsabgeordnete Christof Rasche. Sylvia Gabelmann für die Linke setzt dagegen nur auf die Unterstützung von „genossenschaftlichen Lösungen, weil der Markt versagt hat“. Deswegen befürwortet sie auch ein schärferes Mietrecht. Der Vorschlag der NRW-CDU für einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer werde im Bundesrat scheitern, sagte die Wohnungsbauexpertin der Grünen, Britta Haßelmann, voraus. Ob der Bund weiterhin 1,5 Milliarden Euro oder sogar mehr den Ländern für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellt, bezweifelte sie ebenso wie Wittke. Auch der vorübergehende Verzicht auf eine weitere Verschärfung der Energieeinsparvorschriften stieß auf ein geteiltes Echo: Haßelmann sieht es als vordringlicher an, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhält.

PI 06/09/2017

Die Baugewerblichen Verbände als Stimme des Bau- und Ausbaugewerbes

Die Baugewerblichen Verbände vertreten als Dachorganisation von sechs Landesinnungsverbänden aus dem Bau- und Ausbaugewerbe die Interessen von etwa 5.000 mittelständischen Unternehmen in NRW mit etwa 55.000 Mitarbeitern gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Sie bieten zudem als Dienstleister umfassenden Service und Beratung für die Betriebe. In den ehrenamtlichen Gremien der sechs Verbände engagieren sich gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmer.

Das Baugewerbe stellt den bedeutendsten Handwerksbereich dar. Bei den zentralen wirtschaftlichen Kennziffern übertrifft es in NRW zudem die Bauindustrie sehr deutlich - bei Betriebs-, Mitarbeiter- und Umsatzzahlen um den Faktor 3, bei den Auszubildenden um den Faktor 6.



PRESSSEINFORMATION